

Peter Wahl

Linker Ausbruch: Europas Dritter Weg

Während die griechische Wirtschaftskrise auf die politische Agenda zurückgekehrt ist, ringen diverse Akteure um eine neue gesamteuropäische Strategie. Besonders große Aufmerksamkeit fanden die Gründungsversuche des ehemaligen Finanzministers Yanis Varoufakis,¹ doch auch in die Debatte der französischen Linken ist eine Menge Bewegung gekommen. So formuliert ein Aufruf von 80 Ökonomen nicht nur die üblichen Forderungen nach dem Ende der Austerität und einem 40 Mrd. Euro schweren Investitionsplan, sondern er schlägt auch eine machtpolitische Perspektive für dessen Durchsetzung vor: „Frankreich muss diesen Kurswechsel seinen europäischen Partnern und insbesondere Deutschland unterbreiten. Im Falle der Ablehnung muss Frankreich jenen Ländern, die bereit dazu sind – Portugal, Griechenland, aber auch andere, darunter Italien und Spanien (diese vier stehen zusammen mit Frankreich für mehr als 50 Prozent des BIP der Eurozone) –, einen Pakt zur Wiederbelebung der Wirtschaft anbieten, der den ökonomischen und sozialen Notwendigkeiten Vorrang vor den neoliberalen Regeln gibt.“²

Finanziert werden soll das Ganze durch höhere Verschuldung. Unter den Unterzeichnern sind prominente Namen wie Michel Aglietta, der Vater der Regulationstheorie, der frühere Wirtschaftsberater Mitterrands, Dominique Plihon, Henri Sterdyniak vom renom-

mierten Konjunkturforschungsinstitut OFCE und der „Chef-Ökonom“ der KP, Paul Boccara – alles Personen, die man gemeinhin als „pro-europäisch“ bezeichnen würde. Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte Thomas Piketty ebenfalls dafür plädiert, eine solche „Koalition der Willigen“ zu bilden.³ Die neue Qualität des Vorschlags besteht darin, dass er in machtpolitischen Kategorien denkt und Gegenmachtpositionen aufbauen will. Durch eine (notfalls) offene Konfrontation soll Deutschland eine Kursänderung aufgezwungen werden. Das Leitmotiv „Vorrang vor den neoliberalen Regeln“ impliziert den Bruch mit dem Stabilitätspakt und seiner Schuldenobergrenze – bis hin zu den Maastricht-Kriterien.

Auch andere Sektoren in Frankreich äußern sich inzwischen in ähnlicher Weise. So heißt es in einem Blog des Geschäftsführers der französischen Linkspartei, Eric Coquerel, dass die Verträge monetaristische Finanz- und neo-merkantilistische Handelspolitik festschreiben, weshalb man Szenarien vorbereiten müsse, mit denen „dieses Joch gebrochen wird“. Dafür sei ein „Mix aus Verhandlungen und Ungehorsam gegenüber den Verträgen“ nötig, „um die EU radikal zu verändern und den Plan B, den Ausstieg aus dem Euro, im Falle von [deutscher] Unnachgiebigkeit“ zu verwirklichen.⁴

Praktisches Ergebnis dieser Orientierung war die Konferenz „Plan B“ im Januar in Paris. Aus Deutschland war unter anderem Oskar Lafontaine

1 Vgl. Sven Crefeld und Zacharias Zacharakis, Ein Manifest wie ein Gedicht, www.zeit.de, 9.2.2016.

2 Vgl. „Le Monde“, 10.2.2016; auf deutsch: Andreas Nölke, Raus aus der wirtschaftlichen Sackgasse – Aufruf von 80 französischen Ökonomen, www.flassbeck-economics.de, 22.2.2016.

3 Vgl. Thomas Piketty, Ein New Deal für Europa, in: „Blätter“, 3/2016, S. 3-38.

4 Vgl. Pour un sommet internationaliste du Plan B, www.eric-coquerel.fr, 20.8.2015.

dabei, der vorschlug, das Eurosystem durch eine modifizierte Variante des EWS (Europäisches Währungssystem) zu ersetzen, wie es derzeit noch zwischen Euro und Dänischer Krone funktioniert und das vor Euro-Einführung auch die übrigen Währungen umfasste. Weitere Konferenzen dieser Art sind im Halbjahresturnus geplant, so in Berlin und Rom. Das bedeutet eine Annäherung an eine spezielle Position der französischen Linken, die schon immer Distanz zum europapolitischen Mainstream hielt. Sie figuriert unter dem in deutschen Ohren etwas verdächtig klingenden Namen „Souveränisten“. Dabei handelt es sich nicht um eine fest organisierte Strömung, sondern eher um eine intellektuelle Hintergrundstrahlung. Man findet ihr Gedankengut bei weiten Teilen der Sozialistischen Partei, in Attac-Milieus, bei der Linkspartei und in der radikalen Linken. Die Souveränisten haben eine gewisse Nähe zur gaullistischen Konzeption vom „Europa der Vaterländer“, also eher zu einem europäischen Staatenbund anstelle eines Bundesstaats. Sie wollen daher eine Zurückdrängung der supranationalen Komponente der Integration, darunter eine Rückkehr zum Franc oder eine Ersetzung des Euro durch ein flexibleres und an die ökonomische Lage der Mitgliedsländer angepasstes Währungssystem. In der Monatszeitung „Le Monde Diplomatique“ oder dem Magazin „Marianne“ kommen ihre Vertreter häufiger zu Wort.

Man kann diese Strömung leicht missverstehen, wenn man nicht weiß, dass in Frankreich Linkssein und Nation seit der Revolution miteinander amalgamiert sind. Der Sturz der Feudalordnung 1789 durch den nationalen Volksaufstand war eben untrennbar mit der konterrevolutionären Intervention von außen verbunden. „Le peuple“, das Volk, meint im Narrativ der Souveränisten daher nicht die völkische Gemeinschaft, sondern die unteren Klassen. Folglich steht der Begriff der Sou-

veränität für demokratische Volkssouveränität.

Ende der linken Selbstfesselung

Bisher war man es gewohnt, dass die „pro-europäische“ Linke zwar ausgiebig ihre europapolitischen Forderungen in zahllosen Programmen und Memoranden präsentierte – frei nach der Devise „Europa geht anders“. Aber wie man zu diesem anderen Europa gelangt, darüber wurde wenig verlautbart. Allenfalls von einem Europa von unten war vage die Rede, von der Vernetzung der nationalen Akteure, etwa von europäischen Betriebsräten in transnationalen Unternehmen. Und ab und an gab es zumindest in Teilen Westeuropas gemeinsame Abwehrkämpfe, wie gegen die ultraliberale Bolkestein-Direktive der EU oder derzeit gegen TTIP. Ansonsten war die mehr oder minder stillschweigende Erwartung, dass das „Andere Europa“ durch den gewöhnlichen Politikbetrieb, durch Dialog, Lobbyarbeit, Aufklärung, Online-Petitionen, Kampagnen und Wahlen zustande kommen würde – bei der Bewegungslinken auch noch mit der jährlichen Sitzblockade vor der EZB. Doch all das hat nun eine Generation lang keine Ergebnisse gezeitigt, nämlich seit Jacques Delors vor 25 Jahren die neoliberale Wende der EU mit dem „Sozialen Europa“ abfedern wollte. Im Gegenteil: Schon in den 15 Jahren vor dem Crash von 2008 hatte der neoliberale Konstitutionalismus, das heißt die vertragliche Privilegierung der Kapitalinteressen, die Kräfteverhältnisse für die Subalternen immer weiter verschlechtert. Das Krisenmanagement hat den Prozess dann noch einmal rasant beschleunigt, mit der Unterwerfung Griechenlands als vorläufigem Höhepunkt.

Nun setzt sich zusehends die Einsicht durch, dass es wohl keinen Zweck hat, länger auf Godot zu warten. Alternativvorschläge können noch so schön,

klug durchdacht und präzise durchgerechnet sein – ohne Durchsetzungsperspektive bleiben sie wirkungslos. Daher ist der französischen Debatte zu wünschen, dass sie auf andere überspringt und dazu beiträgt, die Selbstfesselung der europäischen Linken im Netz der neoliberalen Regeln und Verträge aufzulösen.

Legal, illegal...?

Machtpolitik, Konfrontation, Bruch mit den Regeln – all das erscheint auf den ersten Blick radikal und so gar nicht dem „europäischen Geist“ und der „europäischen Idee“ verpflichtet. Bei Lichte besehen stellt man freilich fest, dass das alles schon längst Praxis ist. Das, was vornehm als „Demokratiedefizit“ der EU bezeichnet wird, ist ja nichts anderes als die knallharte Machtpolitik ohne demokratische Legitimation.

Dabei erstreckt sich der Autoritarismus nicht nur auf das Verhältnis zwischen Eliten und Demos, sondern auch auf die Eliten untereinander. Auch der Rat, das Gremium der Mitgliedstaaten, ist keine basisdemokratische Veranstaltung. Die „informellen Mechanismen der Macht“ (Bourdieu) haben dort schon immer ihre Wirkung entfaltet. Unter machtpolitischen Gesichtspunkten ist die EU eine hierarchisch strukturierte Allianz von Nationalstaaten, kombiniert mit supranationalen Elementen.

An der Spitze der Pyramide steht die Achse Paris-Berlin. In der europapolitischen Hagiographie gilt sie als Herzkammer des europäischen Projekts. Ohne deutsch-französischen Konsens geht gar nichts, würde die Kanzlerin sagen. Die Kehrseite der Medaille ist freilich, dass es sich dabei auch um ein Kondominium handelt – ein duales Dominanzverhältnis über die anderen Mitgliedstaaten, das alle wesentlichen Entscheidungen vorstrukturiert, oder wie böse Zungen sagen würden,

auskugelt. In diese Bestandsaufnahme gehören auch die Missachtung der Maastricht-Kriterien durch die Regierungen Schröders und Chiracs, das Regime des Krisenmanagements nach 2008 oder die kreative Auslegung der Statuten durch die EZB bei ihren Versuchen, die Konjunktur durch die Flutung der Finanzmärkte mit billigem Geld in Gang zu bringen.

Kein Wunder, dass inzwischen an verschiedenen Ecken gegen die alte Machtordnung rebelliert wird – etwa mit dem BREXIT oder mit der „Koalition der Willigen“ aus Visegrád-Gruppe, Österreich und einigen Westbalkanländern, die Berlin erfolgreich ihre Vorstellung von Flüchtlingspolitik aufgezwungen hat.

In der Sache ist das zwar stockreaktionär, vom Verfahren her aber genau das, was jetzt auch die französische Linke vorschlägt, sprich: Mit einer kritischen Masse an Gegenmacht kann man in der EU etwas durchsetzen, was der Linken selbst in einer Generation nicht gelungen ist.

Der französische Vorstoß ist ein guter Anfang. Er bricht mit altem Denken und macht Schluss mit der Sakralisierung der EU. Er wirft aber auch Fragen auf. So zum Beispiel, ob eine Koalition der Willigen gegen die Austerität es tatsächlich nur mit Berlin (und vielleicht zwei, drei Verbündeten, wie die Niederlande und Österreich) zu tun hätte. Wie wir spätestens an der Griechenlandkrise lernen konnten, besteht die neoliberale Machtarchitektur nicht nur aus Deutschland. Es war weniger Wolfgang Schäuble, sondern vielmehr die EZB, die Alexis Tsipras zur Kapitulation zwang, indem sie damit drohte, den Geldhahn für die griechischen Banken zuzudrehen.

Will man hier in Zukunft auf Nummer sicher gehen, muss man einen Ausstieg aus dem Euro zumindest als Drohkulisse so weit glaubhaft vorbereiten, dass man im Ernstfall nicht mehr über die Währung erpressbar ist. Solange die EZB über den Geldhahn

verfügt, bleibt jede Allianz innerhalb der Eurozone äußerst verwundbar.

Nicht minder wichtig ist die Frage, ob Deutschland im Ernstfall tatsächlich klein begeben würde. Piketty hält das für selbstverständlich.⁵ Natürlich ist eine Diskussion darüber höchst spekulativ. Aber wenn man davon ausgeht, dass die deutsche Position nicht nur ideologischer Starrsinn ist, sondern dass dahinter letztlich das deutsche Akkumulationsmodell als materielles Interesse steht, dann ist es keineswegs sicher, dass Berlin auf den neuen Kurs einschwenken würde. Der deutsche Wohlstand ist extrem exportabhängig und braucht aus Wettbewerbsgründen Lohnzurückhaltung, was wiederum zu einer strukturellen Schwäche der Binnennachfrage führen muss. Zudem gibt es einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt für die Standortverteidigung, weit bis in die Gewerkschaften hinein. Ein Umsteuern wäre auch für eine linke Bundesregierung daher nur als langfristig angelegte Transition möglich. Der Atomausstieg ist ein Kinderspiel dagegen.

Piketty könnte dagegen noch das aufgeklärte Langfristinteresse der Deutschen anführen. Aber das Krisenmanagement der letzten Jahre zeigt, dass das „Fahren auf Sicht“ der dominierende Modus der Politik geworden ist. Auch beobachten wir, dass die deutschen Exporte nach China und in andere Schwellenländer sowie in die USA stetig ansteigen. Das würde die ökonomische Druckempfindlichkeit Deutschlands gegenüber einer Anti-Austeritätskoalition vermindern. Was also, wenn Berlin nicht nachgibt?

Resultat wäre eine Vertiefung und Beschleunigung der bereits sowie so mit Macht stattfindenden Transformation der EU hin zu dem, was ursprünglich mal als „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ in die Diskussion kam, inzwischen aber wohl eher auf drei, vier oder fünf Geschwindigkei-

ten kommt. Diversität und Flexibilisierung, Dezentralisierung, Regionalisierung und Subsidiarität bis hin zur Pluralität ökonomischer Modelle wären die Begriffe, mit denen die sogenannte Finalität, die Frage nach dem Endziel des Integrationsprozesses, dann beantwortet werden könnte. Das kann auch selektive Desintegration bedeuten, etwa in der Währungsfrage, und eine Verstärkung der Integration auf anderen Gebieten, beispielsweise dem ökologischen Umbau und einer gemeinsamen Energie- und Infrastrukturpolitik. Aber all das frei von dem Zwang, dass jeder bei allem mitmachen muss.

Die europäische Linke sollte das ernsthaft auf seine Attraktivität hin prüfen – zumal es in Keimform schon jetzt von den EU-Regularien vorgesehen ist, nämlich im Verfahren der sogenannten Vertieften Zusammenarbeit. Demnach kann eine Koalition von Willigen aus mindestens neun Mitgliedstaaten (die zugleich für 60 Prozent der EU-Bürger stehen müssen) Projekte durchführen, ohne dass die anderen mitzumachen brauchen.

Bestes Beispiel ist die Finanztransaktionssteuer: Sie wird derzeit in diesem Rahmen von zehn Ländern verhandelt. Zwar ist das Verfahren derzeit noch zu restriktiv und langwierig, aber der Grundgedanke geht in die richtige Richtung. Im Euro-Sprech heißt das Ganze auch „variable Geometrie der Zusammenarbeit“. Anhänger einer föderalistischen EU kritisieren das Konzept als „Europa à la carte“. Aber bevor die EU eruptiv und chaotisch auseinanderfliegt, ist es realistischerweise besser, sich gezielt auf einen solchen Weg einzulassen. Es wäre ein Dritter Weg zwischen einerseits dem Rückfall in das Zeitalter der Nationalstaaten aus dem 19. und 20. Jahrhundert und andererseits dem europäischen Superstaat. Damit bedeutet es einen doppelten Abschied – sowohl von der Illusion der „Vereinigten Staaten von Europa“ als auch von der neo-imperialen Sehnsucht nach der Supermacht Europa.

5 Piketty, a.a.O.